

Fremde Beiträge und Kommentare aus sozialen Netzwerken und anderen Quellen

TAGES-THEMEN-DÄMMERUNG

Das hatte die Redaktion der Tagesthemen nicht geplant

VON REDAKTION

Do, 22. Februar 2018

Ein Politikwissenschaftler nennt es ein einzigartiges historisches Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische umzuwandeln.

Caren Miosga fragt den Politikwissenschaftler Yascha Mounk in den Tagesthemen, ob er dafür ist, dass die SPD-Mitglieder für die GroKo stimmen und kriegt unter anderem die Beschreibung des zentralen Themas der deutschen Politik,

[„dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln.“](#)

Ein TE-Leser fragt stellvertretend für viele, die das nicht laut tun: „Wer hat diesem ‚Experiment‘ zugestimmt? Der Souverän in jedem Fall nicht.“

1 von 2

Frau Miosga machte nicht den Eindruck, die Brisanz der Aussage des Politikwissenschaftlers registriert zu haben. Damit geht es ihr wie den meisten Politikern und den anderen Funktionären sowie den Journalisten des Landes.

Was Herr Mounk Frau Miosga sagen hätte können, wäre gewesen, dass die GroKo froh sein muss um jeden Tag, den sich noch keine gewählte Regierung einer Debatte über diese zentrale Frage im Bundestag stellen muss. Dann wird es nämlich schwer, dieses systematisch beschwiegene und geleugnete Zentralthema weiter so weitgehend wie bisher aus der veröffentlichten Meinung herauszuhalten.

Mein Kommentar hierzu:

Ja, manchmal kommt es anders als man denkt oder es sich wünscht. Schön, dass dies auch einmal die regierungstreuen “Mainstream-Medien“ erfahren.

Klaus Horst Krömmelbein

22.02.2018

2 von 2

VOLKSVERDUMMUNG

Aufbruch ins Ungewisse – DEFA-Politfernsehen der ARD

VON ALEXANDER WALLASCH

Do, 15. Februar 2018

Laut Quotenmeter.de wurde der Film zwar von der Kritik gelobt, „ein Publikums-Renner war der 90-Minüter aber nicht.“ Nein, es zog sogar noch eine Wiederholung von „Ein starkes Team“ auf ZDF-Neo knapp an „Aufbruch ins Ungewisse“ vorbei.

Die Neue Westfälische stellte schon einmal klar, was von Kritik am ARD-Film (Produktionsleitung beim WDR) „Aufbruch ins Ungewisse“ [zu halten sei](#):
1 von 5

Die, die diesen Film kritisieren, sind „rechte Troll(e)“, die sich „zum Kommentarkrieg in den sozialen Netzwerken verabredeten“.

Die [Bild-Zeitung](#) dreht den Spieß merkwürdig um, sie hält den Film für einen Skandal, für rassistisch, weil die ARD damit die Haltung verbreiten würde „(a)ls ob wir nur Mitleid mit Flüchtlingen hätten, wenn sie weiß sind.“

Gleich vorweg, beide Standpunkte stehen dem Film in nichts nach: Am Thema vorbei. Geradezu humoristisch sind die Abwehrmechanismen der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt, wenn man bereits eine Minute nach Sendungsbeginn prophylaktisch twitterte:

„Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass rechte Aktivisten dazu aufgerufen haben, die Diskussion über den #Film Mittwoch „Aufbruch ins Ungewisse“ in den sozialen Netzwerken gezielt zu beeinflussen.“ Also ganz gleich, was an Kritik kommt: Vorsicht, im Zweifel sind Nazis am Werke!

Aber kurz zusammengefasst, worum es in „[Aufbruch ins Ungewisse](#)“ geht. Um eine sogenannte Dystopie, um einen negativen Blick auf die Zukunft in der Deutsche und Europäer Ende der 2020er Jahre vor der politischen Situation in ihrer Heimat übers Meer nach Afrika fliehen.

In Europa herrschen Nationalisten. Man will sagen, AfD, Front National, Geert Wilders usw. hätten es also geschafft und installiert, was vielfach prophezeit und also zu befürchten war: eine Art gesamteuropäischer Faschismus.

Im Mittelpunkt des Films steht Familie Schneider. Der Vater ist Rechtsanwalt und muss Folter, Haft und Verfolgung fürchten. In einem Frachtschiff geht es überstürzt nach Südafrika. Doch noch vor der Ankunft wird man vor der namibischen Küste in Schlauchboote umgesetzt, die kentern.

2 von 5

Der siebenjährige Sohn ertrinkt dabei. Nun müssen Schlepper die Restfamilie in stickigen LKWs nach Südafrika schleppen, wo ein hässliches Flüchtlingslager auf sie wartet.

Der Asylantrag wird abgelehnt, weil die Mutter bereits in Namibia registriert wurde, als die verzweifelt nach ihrem Sohn suchte. Abschiebung droht, die letztlich nur durch einen Zufall abgewendet werden kann, wie ihn nur die Fiktion in der Lage ist, abzuliefern.

Nach Ausstrahlung streiten nun die Medien ein bisschen über den Sinn und Zweck so eines Films. Nun ist schon das merkwürdig, denn ein Film ist nun mal zunächst ein Film und eigentlich kein moralinsaures Schulungswerk für Drittklässler. Aber die Medien liegen ausnahmsweise einmal richtig.

Wenn auch unabsichtlich, wenn man die Sinnfrage der Ausstrahlung so einer Flüchtlingsoperette mit umgekehrten Vorzeichen stellt. Für die ARD soll „Relevanz“ das Zauberwort der Stunde sein. Nur was soll daran relevant sein, wenn man die Verhältnisse zwar umdreht, aber bei so einer Drehung so banal auf die Nase fällt?

Unternehmen wir doch mal den Versuch, ein angemessenes Drehbuch für „Aufbruch ins Ungewisse“ zu schreiben, dass diese Perspektive aufnimmt. Wie sähe das aus, wenn wir uns beispielsweise an den jüngsten Aussagen unseres sozialdemokratischen Bundespräsidenten orientieren würden, dass wir Flüchtlinge und Wirtschaftsimmigranten auseinanderhalten müssen?

Dann würde Familie Schneider womöglich nicht in einem faschistischen, sondern in einem wirtschaftlich ruinierten Deutschland leben und Vater Schneider könnte seine Familie nicht mehr ernähren und würde also nach Afrika vorausreisen, um dort Asyl zu beantragen, regelmäßiges monatliches Bargeld und ein schmuckes neues Häuschen zugewiesen bekommen und also den Familienantrag stellen, dem selbstverständlich – nach zunächst heftigen Diskussion im südafrikanischen Parlament, wo dann rechte Afrikaner überstimmt werden – zugestimmt wird.

3 von 5

Zuletzt würde dann die Familie aus dem nunmehr bettelarmen Deutschland mit der südafrikanischen Airline in die Regenbogen-Nation eingeflogen werden. Vielleicht würden die Schneiders ja auch eine aggressive christlich-fundamentalistische Religion aus Europa mitbringen, der die Afrikaner nichts entgegenzusetzen haben.

Vielleicht wird sogar Diebstahl und sexuelle Gewalt so importiert und irgendwie schlüssig erzählt, auch, wenn es schwerfällt. Aber selbst auf diese Weise dargestellt, bleibe doch die Frage, was das alles soll. Unterhaltung vielleicht. Nun gut.

Die Drehbuchautoren sind Eva und Volker A. Zahn. Frau Zahn hat schon einmal für den Playboy getextet und für RTL und Ehemann Volker ebenfalls für den Playboy. Dort sogar volle zehn Jahre. Nun ist gegen den Playboy nichts zu sagen.

Zumindest nichts, das einem im Zusammenhang mit einem Auftragswerk der ARD einfallen würde, welches so dringend Relevanz erzwingen will. Für die Regie gewann man Kai Wessel. Den kennt man am ehesten noch als Macher des Filmes „Hilde“ (2009), mit Heike Makatsch als Hildegard Knef.

Gesehen wurde der Film von 3,8 Millionen Zuschauern. Etwa doppelt so viele Zuschauer sahen ein parallel laufendes Fußballspiel im ZDF. Laut Quotenmeter.de wurde der Film zwar von der Kritik gelobt, „ein Publikums-Renner war der 90-Minüter aber nicht.“

Nein, es zog sogar noch eine Wiederholung von „Ein starkes Team“ auf ZDF-Neo knapp an „Aufbruch ins Ungewisse“ vorbei. Die Umschaltquote muss enorm gewesen sein, wer verirrt sich sonst auf ZDF-Neo?

Auch der Bachelor erwischte später noch ein paar hunderttausend Zuschauer mehr und fast jeder Tatort greift ebenfalls mehr Zuschauer ab. Soviel also zur Diskrepanz zwischen Relevanzvermutung und Zuschauer-Realität.

Gefördert wurde „Aufbruch ins Ungewisse“ übrigens vom bayrischen Film- und Fernsehfonds (FFF Bayern). Gesellschafter sind dort u.a. der Freistaat Bayern.

4 von 5

Weitere Förderer waren das südafrikanische Kulturministerium als Co-Produzent und Land mit einem der Drehorte eines Films, der in einer ganz anderen Zeit auch gut und gerne von der DEFA hatte beauftragt werden können, so hanebüchen die politische Botschaft.

Politisch ambitionierte, filmische Volksverdummung. Die Öffentlich-Rechtlichen als neue VEB DEFA, bei der es damals hieß: Die DEFA hat den Auftrag „in Deutschland die Demokratie zu restaurieren, die deutschen Köpfe vom Faschismus zu befreien und auch zu sozialistischen Bürgern erziehen.

“So betrachtet ist das erste Gebot der Öffentlich-Rechtlichen längst ad Absurdum geführt, dass nämlich lautet: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat das Gebot der Staatsferne und der Unabhängigkeit. Die DEFA-sozialisierte Angela Merkel wird’s freuen.

Mein Kommentar hierzu:

Die Medien- und insbesondere die mit der Politik verbandelten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten nehmen ihre ureigene Aufgabe, als so genannte “4. Gewalt im Staat“ die jeweilige Regierung und das Parlament kritisch zu begleiten, schon lange nicht mehr war!

Ganz im Gegenteil: Sie betätigen sich immer mehr als “unkritische- und willfährige Staatsmedien“ nach dem Motto: “Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“!

Klaus Horst Krömmelbein

22.02.2018

5 von 5

ZWEI VEREINT IN MACHTGIER & EINE ERPESSUNG

FAS enthüllt größten GroKo-Skandal um Merkel und Schulz

VON RAINER ZITELMANN

So, 11. Februar 2018

Martin Schulz soll in der letzten Nacht der Koalitionsverhandlungen offen mit deren Abbruch gedroht haben. Wie die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung schreibt, soll Schulz gegen halb zwei Uhr morgens gesagt haben: "Dann geht es hier so nicht weiter, wir müssen aufhören."

Hintergrund der Abbruchsdrohung war der Streit um die Ressortvergabe. Der CSU-Vorsitzende Seehofer hatte demnach zuerst das Finanzministerium, dann das Ministerium für Arbeit und Soziales für sich verlangt. Schulz und die SPD-Führung bestanden hingegen darauf, dass sie beide Ressorts und das Auswärtige Amt bekommen.

1 von 3

Die Abbruchsdrohung sei sowohl von der SPD als auch von der Union bestätigt worden, schreibt die F.A.S. Angela Merkel rief demnach nach Schulz` Drohung die Runde der 15 Verhandlungsführer der drei Parteien zusammen. Es sei eine Frage des Anstandes, nochmal zu reden.

Wie solle man es denn der Öffentlichkeit erklären, dass die Regierung an der Ressortverteilung gescheitert sei, argumentierte Merkel. Auch in dieser Runde blieb Schulz bei seiner Drohung. Er rief die gesamte Parteispitze zusammen, auch jene, die im Hotel übernachtet hatten, um die Lage zu erörtern. Schließlich gab Merkel nach.

Die üble Erpressung des Egomane Schulz

Schulz hatte vom SPD-Parteitag den Auftrag bekommen, in den Fragen „Familiennachzug“, „Bürgerversicherung“ und „sachgrundlose Befristung“ nachzuverhandeln.

In keinem dieser Punkte hat er Wesentliches für seine Partei erreicht. Aber keiner der Punkte war für ihn ein Grund, mit dem Abbruch der Verhandlungen zu drohen – was in der SPD sicherlich verstanden worden wäre. Ihm waren die Inhalte und der Auftrag seines Parteitages völlig gleichgültig. Wichtig war ihm nur eines:

Da er eingesehen hatte, dass er nicht mehr SPD-Vorsitzender bleiben könne, wollte er sich ein Ministeramt sichern, denn die Alternative wäre die politische Bedeutungslosigkeit.

Dem Mann, der das Wort der „Solidarität“ ständig im Munde führt und der uns weiß machen wollte, ihm gehe es um die „hart arbeitenden Menschen in unserem Lande“, ging es ausschließlich um sich selbst und seine berufliche Zukunft. Um sonst nichts. Schulz kennt nur eine Solidarität: Die mit sich selbst.

Und Merkel ist sowieso alles egal, außer dass sie regiert. Deshalb ging sie auf die üble Erpressung des Egomane Schulz bedenkenlos ein. Damit war die Basis gelegt für die Einigung zwischen Union und SPD: Ausschlaggebend waren einzig und allein die persönlichen Machtambitionen von Angela Merkel und Martin Schulz. Sonst nichts.

2 von 3

Dieses Kainsmal der Geburt durch eine üble Erpressung wird der Großen Koalition in den nächsten Jahren anhaften, falls sie überhaupt zustande kommt und vier Jahre

durchhält. Eigentlich müsste ein Sturm der Entrüstung durch die Medien und die Parteien gehen – denn dieser Vorgang ist geradezu ungeheuerlich und entlarvend. Wenn dies nicht als Skandal wahrgenommen wird – dann ist genau das ein Skandal.

Mein Kommentar hierzu:

Der Autor bestätigt nur das, was die meisten Beobachter- und Kommentatoren ebenfalls schon berichtet haben.

Klaus Horst Krömmelbein

11.02.2018

3 von 3

WOLFGANG GRUPP ***Eine solche CDU kann ich nicht mehr wählen*** Von Wolfgang Grupp | Stand: 12:43 Uhr | Lesedauer: 4 Minute

Wolfgang Grupp ist Eigentümer und Chef der Textilfirma Trigema
Quelle: dpa/dpa Picture-Alliance / Patrick Seeger

Mit dem Koalitionsvertrag dürfte die Union bei vielen ihrer Anhänger durchfallen. Schuld daran ist Kanzlerin Angela Merkel, die konservative Werte aufgegeben hat, nur um im Amt zu bleiben. Das wird sich rächen.

446 Kommentare

1 von 6

Mein Urteil zum geplanten Regierungsprogramm von CDU, SPD und CSU fällt eindeutig aus. Es ist ein Machterhaltungsprogramm für Kanzlerin Merkel. Schlüsselpositionen im Kabinett fallen der SPD zu: das Finanzministerium, das Außen- sowie das Arbeits- und Sozialressort.

So soll die Zustimmung der SPD-Basis zur Neuauflage der Großen Koalition erlangt werden.

Damit die CDU nicht ganz das Gesicht verliert, schiebt Merkel ihren Vertrauten und früheren Kanzleramtschef, [Peter Altmaier](#), von der Union in das Wirtschaftsministerium. Weil dadurch kein adäquater Posten mehr frei ist, muss wiederum der ehemalige Wirtschafts- und amtierende Außenminister [Sigmar Gabriel](#) von der SPD gehen, obwohl er seine Aufgabe gut gemacht hat.

Und Ex-Finanzminister Schäuble wurde schon im Vorfeld auf den Posten des Bundestagspräsidenten entfernt.

SCHULZ ALS AUSSENMINISTER [„Natürlich ist Sigmar auf 180.000“](#)

Stellen Sie sich vor, man würde mir zu erkennen geben, dass ich an der Spitze meines Unternehmens nicht mehr gewollt würde. Und ich würde dann mit allen erdenklichen Winkelzügen versuchen, mich trotzdem an der Spitze zu halten, und meinen Kindern keine Chance geben nachzurücken.

So etwas käme für mich nie in Frage und wäre unter meiner Würde.

Allein, ob das Spiel bei der SPD-Mehrheit durchgeht, ist höchst zweifelhaft. Ich kann mir gut vorstellen, dass die meisten Sozialdemokraten Merkels Absicht des schieren Machterhalts durchschauen und den Koalitionsvertrag deswegen ablehnen.

2 von 6

Man könnte sie auch mal loben

In der Sache bringt der Koalitionsvertrag nicht einmal Stillstand. Er bringt Rückschritt. Und zwar einen Rückschritt gegenüber dem, was die Wähler durch ihren Stimmenentzug gegenüber CDU, CSU und SPD beim Urnengang im September zum Ausdruck gebracht haben.

„Die Zukunft hat keine Stimme“

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages vermisst im Koalitionspapier eine Antwort auf die Frage: „Wie müssen Unternehmen auf die Herausforderungen der Zukunft antworten und welche Freiräume brauchen sie?“
Quelle: WELT

Wer den [Koalitionsvertrag](#) genau liest, wird nämlich feststellen: In keinem Punkt, der den Menschen auf den Nägeln brennt, ist ein echter Durchbruch erzielt worden, weder bei der Obergrenze für Flüchtlinge, noch bei der langfristigen Sicherung der Rente oder beim Recht auf schnelles Internet, auf das wir bis 2025 warten müssen. Überall vielfach interpretierbares oder bürokratisches Geschwurbel bis hin zur bloßen Einberufung einer Kommission, die Vorschläge für eine neue Honorarordnung für Ärzte erarbeiten soll.

Keine Wirtschafts- und Scheinflüchtlinge bitte!

Für mich grenzt das an Volksverdummung. Ich befürchte, dass diejenigen, die aus Protest AfD gewählt haben, sich in ihrem Glauben bestätigt sehen, von den herrschenden Eliten nicht verstanden zu werden.

Ich räume ein, die Vereinbarungen zu den Flüchtlingen bringen eine gewisse Korrektur der Politik vom Sommer und Herbst 2015. Doch diese Korrektur ist mehr als überfällig und ändert wenig an dem dadurch geschaffenen Problem, dass wir viele Leute aufgenommen haben, die eigentlich kein Recht dazu haben.

3 von 6

SEEHOFER ÜBER GRENZEN

„Ein Kontrollverlust würde mit mir nicht stattfinden“

In die gleiche Richtung zielt meine Kritik an dem vereinbarten Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Auch das ist mehr als überfällig. Dass wir Menschen ins Land kommen lassen müssen, die wir brauchen, ist doch klar, allerdings dürfen dies eben keine Wirtschafts- und Scheinflüchtlinge sein.

Angela Merkel klebt an ihrem Sessel

Die vereinbarten milliardenschweren Verbesserungen im Sozialbereich, von der Pflege über die Wohnungsbauförderungen bis zur Rente beruhen auf der gegenwärtig guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland – und auf der Annahme, dass dies immer so bleibt.

4 von 6

Doch das ist ein gefährlicher Trugschluss. Denn dafür muss die Politik erst die Grundlagen schaffen, auch mit Blick auf die aggressive Politik, die die USA und China zugunsten ihrer eigenen Unternehmen betreiben.

Dazu finden sich in der Koalitionsvereinbarung nur sehr allgemein gefasste Aussagen. Ich vermisse konkrete Maßnahmen, die die Unternehmen hier zu Lande stärken, insbesondere die mittelständischen. Keine Antwort auf die Steuerreform des US-Präsidenten Donald Trump, der mit niedrigen Sätzen die Unternehmen zur Produktion im eigenen Land animieren will.

Keine Erleichterungen bei den steuerlichen Abschreibungen auf neue Maschinen. Keine steuerliche Förderung der Eigenkapitalbildung.

KRITIK AN MERKEL

[In der CDU rumort es – „Wir haben nicht mehr viel Zeit“](#)

Für diese Misere, zugleich eine Misere der Union, ist in meinen Augen Kanzlerin Merkel schuldig, weil sie dermaßen an ihrem Sessel klebt. Sie kann nicht zugeben, dass sie mit ihrer Flüchtlingspolitik im Grunde gescheitert ist. Es war anfangs sicher richtig, vom Krieg bedrohte Menschen aufzunehmen.

5 von 6

Doch als die Kontrolle darüber verloren ging, hatte sie nicht die Größe, ihr „Wir schaffen das“ zurückzunehmen und ihren Willkommenskurs zu korrigieren. Hieraus erwuchs das katastrophale Wahlergebnis für die Unionsparteien und die schwierige Konstellation im Bundestag.

Die FDP hat richtig gehandelt, indem ihr Parteichef Christian Lindner gesagt hat: Er wolle von seinem Programm nicht so viel streichen, dass die Liberalen unkenntlich werden, nur um in einem Jamaikasammelsurium mitzuregieren. Das könne die FDP ihren Wählern gegenüber nicht verantworten.

Ich prognostiziere, dass die FDP dafür bei den nächsten Wahlen mehr Stimmen bekommen und die Union weiter verlieren wird. Das wird die Rache der Wähler für die Entscheidung sein, mit Hilfe der SPD die Kanzlerschaft von Angela Merkel zu retten. Ich persönlich bin traditionell CDU-Wähler. Aus dem Koalitionsvertrag werde ich jedoch die Konsequenz ziehen und beim nächsten Mal nicht CDU, sondern FDP wählen.
Wolfgang Grupp ist Eigentümer und Chef der Textilfirma Trigema.

Mein Kommentar hierzu:

Wolfgang Grupp ist ein überzeugter- und leidenschaftlicher Unternehmer, der noch nie mit seiner Meinung hinter dem Berg gehalten hat!

6 von 6

Es gärt in der Union ... Wer nimmt den Deckel hoch?

VON TOMAS SPAHN

Fr, 9. Februar 2018

Die Koalitionsverhandlungen haben für viele Unionsmitglieder den abschließenden Beweis erbracht: Die Parteien haben die 1949 gegründete Bundesrepublik usurpiert und korrumpiert. Nun sind sie dabei, gewissenlos die Reste unter sich aufzuteilen. Es gärt in der Union.

Christdemokraten sind traditionell bürgerlich. Sie sind duldsam, gern auch ein wenig obrigkeitstgläubig, weil sie immer noch der Auffassung anhängen, dass „die da oben“ schon wüssten, was sie tun.

1 von 8

Als Statisten gehen sie mit einem mehr oder weniger ausgeprägten Schmunzeln davon aus, dass Gott jenen, denen er ein Amt gibt, auch den Verstand gegeben haben müsse. Und doch sind sie nicht dumm. Ganz im Gegenteil verfügen die meisten von ihnen über einen gehobenen Bildungsabschluss, haben es in ihrer beruflichen Laufbahn zu einigem gebracht.

Deshalb erwarten sie auch dann, wenn sie in die Partei eingetreten sind, von den politischen Vertretern, dass diese für Volk und Vaterland einen guten, verantwortungsvollen Job machen. Sie eint die Überzeugung, dass ihr Deutschland ein Land derjenigen ist, die sich zu diesem Land bekennen und die es nach dem Krieg wiederaufgebaut haben.

Sie glauben fest daran, dass dieses Deutschland nichts und niemanden zu fürchten hat, wenn es seine Fähigkeiten nutzt, sich nicht ausplündern lässt und den eigenen Wohlstand nicht bedenkenlos aufs Spiel setzt. Sie gehen davon aus, dass Deutschland ein friedliches Land sein muss – doch sie wissen auch, dass Frieden und Freiheit kein göttliches Geschenk ist, sondern von den Deutschen ständig wieder erarbeitet werden muss.

Christdemokraten neigen nicht zur Revolution

Bei all dem – das liegt auf der Hand – neigen sie nicht zu Revolutionen. Ganz im Gegenteil, denn sie ahnen, dass Revolutionen ihnen eher Nach- als Vorteile bringen werden. Dass eine Revolution sie um das, was sie und ihr Volk in mühsamen Jahren aufgebaut haben, bringen und den Frieden vernichten werde.

Die verantwortungsbewussten Vorsitzenden der Partei wussten all dieses. Sie wussten, dass Politik geräuschlos funktionieren muss, um die Parteimitglieder zu binden und zu halten. Sie wussten, dass ihre Klientel bürgerlich und strukturkonservativ ist, ohne dass sie deshalb etwa Zukunftsverweigerer wären.

Sie wussten auch, dass ihre Klientel auf Redlichkeit allergrößten Wert legt. Nicht nur im privaten Umgang, sondern auch in der Politik. Deshalb konnten sich von Adenauer bis Kohl alle Vorsitzenden darauf verlassen, dass ihre Mitglieder und ihre Wähler treu zur Fahne stehen würden.

2 von 8

Erst als nach der Abwahl Kohls die Unredlichkeiten der Parteienfinanzierung auf den Tisch kamen, folgten sie dem Ruf des Wandels und machten Angela Merkel zu ihrer Vorsitzenden.

Als Ostdeutsche galt gesichert: Sie war nicht in die Klügel der alten Bundesrepublik verstrickt – und viele Jahre schien es so, als ob sie tatsächlich die Traditionen der Christdemokraten mit dem Willen zur notwendigen Erneuerung der Partei verbinden könne. Deshalb hielten die Christdemokraten ihr die Treue.

Deshalb gingen sie auch noch für sie in den Wahlkampf, als sie mit ihren anti-bürgerlichen Schnellschüssen von Aussetzung der Wehrpflicht über den überhasteten Ausstieg aus der Kernenergie bis zur Zerstörung des klassischen Ehe-Ideals eine Grundposition der Union nach der anderen vernichtete.

„Merkel muss weg!“

Den Unmut, den der eine oder andere dabei spürte – von den auf rotgrün orientierten Medien schnell als „Konservativer“ gelabelt, schien man ertragen zu können. Und doch machte er spätestens mit der rechtswidrigen Öffnung der Grenzen für Armutseinwanderung aus aller Herren Länder den Weg frei für die AfD, die bei den meisten Kritikern in den Reihen der Union nur als Instrument der Disziplinierung der eigenen Führung gelitten wird.

Mit den Höckes und manchen anderen, die dort aus der Zeit gefallenes Gedankengut vertreten, wollte man nichts zu tun haben. Das ist nun vorbei. Seit dem Dienstag der zweiten Februarwoche des Jahres 2018 brechen die Dämme. Der Protest – nein, der Widerstand – wird hörbar und immer lauter.

SPD ADE [Der Schulz-Zug entgleist endgültig](#)

3 von 8

Der Vorsitzende einer Parteiuntergliederung, seit vielen Jahren in der Erwachsenenbildung tätig, spricht offen davon, dass die Merkel-Union für ihn nicht mehr wählbar ist. „Das alte Straußwort gilt nicht mehr.“

Die Union sitzt in der Zwickmühle. Folgt sie weiter Merkels Kurs, dann entsteht rechts neben der Union eine neue 30-Prozent-Partei. Und das ist auch gut so. Kehrt die Union zu ihren klassischen Werten zurück, gibt sie auf dem linken Flügel das frei, was der SPD weggelaufen ist.

Wir werden demnächst einen Exodus von Parteimitgliedern erleben, die entweder direkt zur AfD gehen – oder eine neue, bürgerlich-demokratische Bewegung gründen. Ein Großteil der Mitglieder ist für Merkel nicht mehr zu haben.“

Eine Frau in den besten Jahren, lange Zeit aktiv und ebenfalls Chefin einer Parteiuntergliederung, stellt fest: „Ich rate allen davon ab, heute noch in die Union einzutreten. Die Partei ist am Ende. Merkel hat sie kaputt gemacht.“ Und sie berichtet von zahllosen Anrufen langjähriger Vertrauter, die ihr Ausscheiden aus der Union ankündigen.

Eine habe sogar berichtet, sie werde sich ab sofort regelmäßig vor das Rathaus stellen mit einem großen Transparent, auf dem stehen werde: „Merkel muss weg!“

„Alle Wertmaßstäbe verloren“

Ein hoher Offizier der Bundeswehr, ebenfalls seit Jahrzehnten Mitglied der Union, erklärt öffentlich, er habe nun beim Parteivorstand seinen „Protest gegen Merkel und die Zerstörung Deutschlands“ schriftlich niedergelegt – „diese Partei ist nicht die, wegen der ich in die Union eingetreten bin.

Merkel hat alles vernichtet, an was ich geglaubt und für das ich mein Leben lang gekämpft habe.“ Schon häufiger habe er darüber nachgedacht, aus der Partei auszutreten. Nun schwanke er dazwischen, die innerparteiliche Revolution zu formieren – oder einfach resigniert zu gehen. „Aber wohin?“, fragt er und sieht für sich weit und breit keine Partei, die seine Vorstellungen eines freien und demokratischen Deutschlands vertreten kann.

4 von 8

Ein jüngerer Mann, noch nicht lange Mitglied der Partei, sinniert darüber, dass Merkel „mir die Tür zuschlägt“. Die Merkel-Partei sei zum bloßen „Machterhaltsverein einer kleinen Gruppe von Personen geworden, die alle Wertmaßstäbe verloren haben. Es geht ihnen nur noch darum, ihre eigene Position zu sichern. Die Zukunft von Land und Partei ist ihnen piepegal.“

Zwei ältere Semester aus bestem Hause, irgendwann mal Anfang der Siebziger in die Partei eingetreten, lassen sich in Schimpfwörtern über „Merkel und ihr Küchenkabinett“ aus, die hier zu zitieren die Etikette sprengen würde.

Kurz: In der Partei brodelt es wie nie zuvor. Sie ist kurz davor zu explodieren, falls die Mitglieder noch die Kraft dazu haben, die Revolution von unten zu organisieren. Oder zu implodieren, wenn diese Bürger nun einfach resigniert ihren Weg aus der Union nehmen.

Geschehen wird voraussichtlich letzteres – Christdemokraten neigen nicht zu Revolutionen und ihre Vertreter in den parteiinternen Gremien sind am Ende immer noch vor der Parteiführung eingeknickt. Ändern wird sich das erst, wenn der Niedergang der Partei die eigenen Karrierevorstellungen zerstört – dieser Zeitpunkt allerdings nähert sich in Riesenschritten.

Nicht die Inhalte entscheiden

Bei all dem spielen die konkreten Ergebnisse der sogenannten Koalitionsverhandlungen nur noch eine untergeordnete Rolle. Gelesen haben das Koalitionspapier die wenigsten – es interessiert sie nicht einmal mehr. Es sind die lang im Zaum gehaltenen Emotionen, die jetzt hochkochen.

Das verbreitete Gefühl, Merkel und ihre Gefolgschaft von willenslosen Jasagern habe die Partei verraten. Und mit diesem Verrat an deren Inhalten und Werten dann eben auch

die Mitglieder, von denen nicht wenige ohne eigene Ambitionen sehr viel Zeit, Mühe und auch Geld geopfert hatten, um das, was ihnen wichtig war, in der Politik vertreten zu sehen.

5 von 8

Es kommt so vieles zusammen. All jene gegen die Grundwerte der Christdemokratie gerichteten Spontanentscheidungen Merkels, die immer wieder zähneknirschend hingenommen wurden.

Sie bildet den Humus des Widerstands. Der traurige Höhepunkt, der die Emotionen zur Explosion bringt, ist jedoch die vorgesehene Regierungsbildung. Die Tatsache, dass Merkel alle wichtigen Ressorts an die SPD abgetreten hat – wären es nicht bürgerlich-gesittete Menschen, würde man davon sprechen können, dass die Basis auf den Tisch k....

Die Tatsache, dass Merkel alles verkauft hat, was die Union einst ausgemacht hat – nur um noch ein paar Jahre im Kanzleramt sitzen zu können – „ich bin bald so weit, mit einem Sprengstoffgürtel das Konrad-Adenauer-Haus zu stürmen“, schimpft eine Mitfünfzigerin, die seit JU-Tagen der Partei die Treue hielt – und erschrickt.

Mitglieder stellen die Systemfrage

„Merkel und ihre unsägliche Boygroup gehören auf den Mond geschossen“, schimpft ein anderer. Und er lässt sich ellenlang darüber aus, wie rückgratlose Gestalten nur um ihrer selbst willen alles verraten, was ihm heilig ist.

Erstmals in der Union werden nun auch Stimmen laut, die beginnen, die Systemfrage zu stellen. „Wenn wir auf kommunaler Ebene eine Entscheidung diskutieren, dann erklärt sich jeder Abgeordnete, der möglicherweise davon persönlich betroffen sein könnte, für befangen und hält sich aus Diskussion und Abstimmung fern.

Das gilt selbst bei den unbedeutendsten Kleinigkeiten“, berichtet ein langjähriger Kommunalpolitiker. „Wenn es aber darum geht, die Bundesregierung zu bilden, dann haben da nur noch Leute das Wort, die selbst in ihrer beruflichen Existenz wie niemand anderes von den Ergebnissen betroffen sind,“ fügt er hinzu und erklärt: „Kein Wunder, dass dort jeder Grundsatz verkauft und jedes Amt verschachert wird – geschähe sowas bei uns im Gemeinderat, wäre die Hölle los!“

6 von 8

„Die Usurpation durch Parteischranzen“

Der Mann hat recht. Tatsächlich ist es diese Schieflage in den Institutionen, diese „Usurpation der Macht durch einige wenige Parteischranzen“, die nicht nur die Basis der Union zum Explodieren bringt, sondern die Republik in Gänze an die Wand fährt.

Was will man erwarten, wenn eine Frau, die sich wie eine Besessene an die Macht klammert, auf einen abgehalfteten Mann trifft, der seine einzige Chance auf politisches Überleben in der Regierungsbeteiligung sieht und darüber auch vor ständigem Wortbruch nicht zurechtshreckt, und die dabei flankiert wird von einem phrasendreschenden Selbstdarsteller, der ebenfalls seine letzte Perspektive darin erblickt, über ein Regierungsamt den eigenen Konkurrenten einen mitzugeben?

Was will man erwarten, wenn diese drei Herrschaften „von Personen flankiert werden, die entweder genau diese Ziele für sich selbst teilen, oder sich derart in der Abhängigkeit ihrer Seilschaften befinden, dass sie jeden Treubruch, jeden Verrat und jeden Ausverkauf mittragen, nur um ihren eigenen A... zu retten?“, fragt ein anderer.

„Der Selbstbedienungsladen der Anpassungsfähigen“

Die Koalitionsverhandlungen haben für viele Unionsmitglieder den abschließenden Beweis erbracht: Die Parteien haben die 1949 gegründete Bundesrepublik usurpiert und korrumpiert.

Nun sind sie dabei, gewissenlos die Reste unter sich aufzuteilen – und das eigentlich Dramatische daran ist, dass sie sich dabei nicht einmal irgendeiner Schuld bewusst sind. Könnte sich beispielsweise Peter Altmaier an das erinnern, was er in den Achtzigerjahren als „junger Wilder“ absolut zutreffend als Krise der Kohl-Regierung ausgemacht hatte – er müsste sich heute sofort die politische Kugel geben, weil Kohl gegen ihn ein Waisenknabe war.

„Diese Politiker haben sich selbst korrumpiert durch ein Parteiensystem, das sich losgelöst hat von seiner Verantwortung für das Gemeinwohl“, befindet ein langjähriger Kommunalabgeordneter. „Es wurde ersetzt durch einen Selbstbedienungsladen für Anpassungsfähige, die sich so lange abschleifen lassen, bis sie profillos an irgendeiner Spitze angekommen sind.“

7 von 8

Korruption ohne Anstand

Es stimmt: Macht kann korrumpieren. Aber korrumpieren lässt sich nur jener, der die Macht über seinen eigenen Anstand verloren hat. Und das gilt für sie alle – gleich, ob sie in der Union oder in der SPD anzutreffen sind.

Was früher einmal ein dem Gemeinwohl verpflichteter Politiker gewesen ist, ist heute ein korrupter, nur noch sich selbst dienender Charakter, der seine ausschließliche Verantwortung für sich selbst sieht.

Solche Figuren – diese Erkenntnis ist leider nicht neu und in der Geschichte immer wieder bestätigt worden – sind es, die die Fässer irgendwann zum Überlaufen bringen. Weil sie jegliche Bodenhaftung und jegliche Verantwortung für die ihnen Anvertrauten verloren haben.

In geschichtlichen Situationen führte so etwas entweder – wie derzeit in Venezuela zu beobachten – zur brachialen Macht der Wenigen über die Vielen – oder zur Revolution der Vielen gegen die Wenigen. Oder auch zu beidem, weil das eine das andere zwangsläufig mit sich bringt. Ob man es als Katastrophe oder als reinigendes Gewitter betrachtet, ist am Ende immer eine Frage der persönlichen Sichtweise.

Und ob die Deutschen aus ihrer Geschichte gelernt haben und in der Lage sind, diesen Spuk zu beenden, bevor er in der finalen Katastrophe endet – wer will das beantworten?

Eines allerdings dürfen wir als gesetzt nehmen: Die Deutschen in den jungen Bundesländern wussten, wie man ein korrumpiertes System auf friedlichem Wege beenden hilft. Gut vorstellbar, dass es noch etliche gibt, die das nicht vergessen haben.

Und gut vorstellbar, dass dieses Mal sogar Bürger daran mitwirken, die früher als Mitglieder der Union nicht einmal in ihren wüstesten Träumen daran dachten, irgendetwas zu tun, das die Obrigkeit für illegal und gegen sie gerichtet hält.

Mein Kommentar hierzu: Der Kommentator kommt in weiten Teilen zu der gleichen Beurteilung wie der Staatswissenschaftler, Hans-Herbert von Arnim.

Klaus Horst Krömmelbein

09.02.2018

8 von 8

Gauck zeigt sich erschreckt von Multikulti-Folgen

Alt-Bundespräsident Joachim Gauck: Ergebnis von Multikulti hat mich erschreckt Foto: picture alliance/KEYSTONE

DÜSSELDORF. Alt-Bundespräsident Joachim Gauck hat vor den Folgen eines ausufernden Multikulturalismus gewarnt. Lange Zeit habe Vielfalt als Wert für sich gegolten, sagte Gauck nach einem Bericht der *Rheinischen Post* laut Redemanuskript am Mittwoch anlässlich seiner Gastprofessur an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf.

„Ich verstehe, dass es auf den ersten Blick tolerant und weltoffen anmuten mag, wenn Vielfalt derart akzeptiert und honoriert wird. Wohin ein solcher Multikulturalismus aber tatsächlich geführt hat, das hat mich doch erschreckt.“

Vorauselender Rassismus Verdacht

Er empfinde es als beschämend, wenn manche die Augen verschließen vor der Unterdrückung von Frauen in Deutschland und in vielen islamischen Ländern, vor Zwangsheiraten, Frühheiraten, vor Schwimmverboten für Mädchen in den Schulen. Ebenso wenn Antisemitismus unter Menschen aus arabischen Staaten ignoriert oder mit dem Verweis auf die israelische Politik für verständlich erklärt werde.

Oder wenn Kritik am Islam sofort unter den Verdacht gerate, aus Rassismus und Haß auf Moslems geäußert zu werden. „Sehe ich es richtig, dass in diesen und anderen Fällen die Rücksichtnahme auf die andere Kultur als wichtiger erachtet wird als die Wahrung von Grund- und Menschenrechten“, fragte Gauck.

1 von 2

Berechtigte Kritik als Rassismus verunglimpft

Sicher gebe es Haß auf und Diskriminierung von Moslems in Deutschland. Sich dem entgegenzustellen, sei die Pflicht eines jeden Einzelnen. „Beschwichtiger aber, die kritikwürdige Verhaltensweisen von einzelnen Migranten unter den Teppich kehren, um Rassismus keinen Vorschub zu leisten, bestätigen Rassisten nur in ihrem Verdacht, die Meinungsfreiheit in unserem Land sei eingeschränkt“, warnte der Ex- Bundespräsident.

„Und sie machen sich zum Verbündeten von Islamisten, die jegliche, auch berechnete Kritik an Muslimen abblocken, indem sie sie als rassistisch verunglimpfen.“

Zu viele Einwanderer lebten noch zu abgesondert mit Werten, die den Gesetzen und Regeln und Denkweisen der Mehrheitsbevölkerung widersprachen. Zu viele lebten seit vielen Jahren oder gar Jahrzehnten, ohne die deutsche Geschichte zu kennen. Um dies zu ändern, brauche es allem eines: „mehr Wissen übereinander. Mehr Dialog. Mehr Streit. Mehr Bereitschaft, im jeweils anderen unseren eigenen Ängsten, aber auch neuen Chancen zu begegnen“, mahnte Gauck. (krk)

Mein Kommentar hierzu:

Ach, der Joachim Gauck, Pastor und Ex Bundespräsident, sollte ausgerechnet der, der in zahlreichen seiner „Sonntagsreden“ einer der stärksten Befürworter der Politik Angela Merkel war und Multikulturalismus – weitgehend unkritisch – stets nur als Bereicherung angesehen hat, plötzlich einsichtig geworden sein und falls ja, viel zu spät, denn als amtierender Bundespräsident hätte er ja Rückgrat zeigen können!

Wer wird ihm demnächst mit neuen Erkenntnissen- und Einsichten noch folgen, allerdings stets erst dann, wenn das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist?

Klaus Horst Krömmelbein

01.02.2018